

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

SP/XXV/105

Bonn, den 10. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Rechtsanfällig 41

NPD koalitionsfähig für die Unionsparteien?

2 Weltweites Interesse 20

Das Ausland und die Landtagswahlen

3 - 4 Die Gesamthochschule - Ziel der Hochschulreform 102

Vorsichtiger Optimismus angebracht

Rechtsanfällig

NPD koalitionsfähig für die Unionsparteien?

sp - Die Unionsparteien sind in gewissen Bereichen rechtsanfällig geworden. Dafür gibt es viele belegte Daten und Zeugnisse. Die Art und Weise, wie diese Kreise gerade jetzt auch im Wahlkampf die Auseinandersetzung über die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung führen, ist schon symptomatisch. Die CDU/CSU war, man erinnere sich, bereit gewesen, bei der Bundespräsidentenwahl vom 5. März 1969 auch die Stimmen der NPD für ihren Kandidaten zu akzeptieren. Protesterklärungen gegen einen solchen beabsichtigten Sündenfall hat es innerhalb der Union erkennbarerweise nicht gegeben. So sehr kann blanker Parteiegoismus den Blick verdunkeln. Die Mehrheit der Berliner Bundesversammlung verhinderte damals durch die Wahl Heinemanns ein nationalpolitisches Unglück.

Der niedersächsische CDU-Landrat Erich Schulze und Landtagskandidat im Wahlkreis 54 weicht deshalb von gewissen Grundströmungen innerhalb der Unionsparteien nicht allzu viel ab, wenn er die NPD, die Nachfolgepartei der Verderber Deutschlands, für koalitionsfähig hält: koalitionsfähig für die niedersächsische CDU.

Diese eindeutige Aussage und dieses enthüllende Bekenntnis muß alle um die demokratische Weiterentwicklung der Bundesrepublik besorgten Bürger zutiefst erschrecken. Wo bleibt hier demokratische Grundsatztreue? Der NPD, diesem Sammelsurium alles irrationalen und Antieuropäischen und damit zugleich auch Antideutschen, was es in unserer politischen Landschaft gibt, den Rang von Regierungsfähigkeit zuzugestehen, das erinnert an die Dummheit der Deutschnationalen in der Weimarer Zeit, die, nur aus Gegnerschaft zur deutschen Sozialdemokratie, mit den Feinden der Demokratie packelten und das Unglück für Deutschland mit verschuldeten. Wir stehen noch heute in dem Schatten dieser Tragödie und haben an den Folgen schwarz zu tragen.

Ein Abrücken der Gesamt-CDU von den jeden Demokraten beklemmenden Bekenntnissen des niedersächsischen CDU-Politikers wäre dringend

angebracht. Erfolgt es nicht, läßt es bedrückende Ahnungen über eine mögliche Entwicklung innerhalb der Unionsparteien aufkommen. Dieses Abrücken erwarten nicht nur die Demokraten der Bundesrepublik, das erwarten auch unsere Freunde und Verbündeten, für die die CDU/CSU immer noch ein bedeutender Faktor ist, der jedoch an Glaubwürdigkeit verliert, wenn er sich in die Niederungen eines gegen Europa gerichteten Nationalismus verirrt. Ein Schweigen der Europäer in den Unionsparteien ist in diesem Fall nicht mehr zu tolerieren. Wenn sie dazu unfähig sind oder sich nicht die Kraft zutrauen, hier Grenzen zu ziehen, Grenzen der Sauberkeit und politischer Fairneß, dann geben sie sich selbst auf.

+ + +
Weltweites Interesse

Das Ausland und die Landtagswahlen

sp - Das hat es seit Bestand der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben: ein weltweites Interesse am Ausgang der bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und im Saarland. Fast die Hälfte der Bundesbürger ist daran beteiligt. In früheren Jahren sah man in Länderwahlen nur eine innerdeutsche Gelegenheit. Ob SPD oder CDU als Sieger aus dem Rennen hervorgegangen waren, das blieb für unsere Nachbarn in Ost und West, in Nord und Süd ohne Belang, es berührte sie nicht. Diesmal ist es anders: Diesmal aber richtet die politisch interessierte Welt am 14. Juni ihren Blick auf Bonn und die Bundesregierung, die mehr als je zuvor im Mittelpunkt von Länderwahlen stehen. Das ist wohl auf das Überwiegen der bundesrepublikanischen Aspekte bei der kommenden Wahlentscheidung zurückzuführen. Aspekte der Landespolitik mögen hier und da zu kurz kommen, man mag es bedauern, doch ändern läßt es sich nicht. Diese Verschiebung erklärt das Interesse unserer Nachbarn. Ein guter Ausgang der Wahlen im Sinne der Bonner Regierungsparteien kann der europäischen Zusammenarbeit und der Sicherung des Friedens nur förderlich sein. Darin kommt die Bedeutung zum Ausdruck, die das Ausland der innerdeutschen politischen Entwicklung im Zeitalter gegenseitiger Abhängigkeit der Staaten zumißt.

Die Gesamthochschule - Ziel der Hochschulreform

Vorsichtiger Optimismus angebracht

Die Forderung der Expansion bei unveränderter Struktur vorzuschlagen, ist nach unserer Meinung nicht zu verantworten." Das erste Mal sprach Minister Leussink 1967 als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses als Antwort auf den Vorwurf, dieses Gremium sei in seinen Empfehlungen zu vorsichtig gewesen. Leussink hatte damit deutlich machen versucht, welcher Irrtum beschritten wird, wenn man sich bei der Hochschulreform von einer "Technologie" leiten läßt, und so tut, als sei das Gebäude unerschütterlich auszuhalten: Es hat sich - um im Bild zu bleiben - höchstens abgenutzt und zum Teil sogar als abbruchreif herausge-

Die Forderung von einer integrierten Gesamthochschule darf trotz aller Vorbehalten ("Gegliedertem Hochschulbereich" u.ä.) in der Öffentlichkeit gelten: ein Hochschulsystem, in welchem es keine verschiedenen Studienkategorien mehr gibt, sondern nur noch horizontale Stufen ohne restriktive Auswahlmerkmale. Das ist einfach formuliert, aber in der Hochschulwirklichkeit fast unmöglich, weil eine derartige Umstellung alle Teilprobleme der Hochschulreform selbst an solchen Einrichtungen rüttelt, deren zeitlose Gültigkeit man bisher annahm.

Da ist zunächst die Frage, welche Bildungseinrichtungen welchen "Bereich" beanspruchen, d.h. in den Gesamthochschulbereich einbezogen werden sollen. Dort ist vielfach ein Werturteil ausgesprochen. Wenn man die "wissenschaftlichen" Erkenntnisse nicht als etwas Unvergleichliches ansieht, dann kann es umgekehrt für möglich halten, daß auch praktische Probleme in die Reichweite wissenschaftlicher Präzision rücken. "Neue" Wissenschaften entstehen bekanntlich oft aus der Zerteilung alt anerkannter Disziplinen.

Es folgt, daß der Umfang des Gesamthochschulbereichs nicht beliebig weit ausgedehnt werden kann. Das umso weniger, als mit der wissenschaftlichen Möglichkeit die Mehrzahl der neuen Berufe, von denen man noch kaum etwas wissen, eine wissenschaftliche Vorbildung brauchen, die nur zum Teil durch das Studium der traditionellen Fachrichtungen überbrückt werden kann.

Eng damit verbunden ist die vielfach aufgestellte Alternative berufliches Studium - berufsbezogenes Studium. Sie muß in der Gesamthochschule auch behalten, die Trennung in einen Fachhochschulbereich und einen allgemeinen Hochschulbereich zu rechtfertigen (siehe Debatte um den Martin-Plan). Konsequenz ergibt sich daraus: Die Forschung auf die "wissenschaftlichen" Hochschulen zu verlagern und jeweils eigenständiger Verwaltungseinheiten. Die Integration der Ausbildung kann ein durchgängiges Prinzip sein. Die berufliche Anfangsphase des Studiums ist auch für zukünftige Berufe notwendig und bedeutet nicht unbedingt Verzerrung und Beziehungslosigkeit zur Forschung. Viele Berufe erfordern eine wissenschaftliche Vorbildung, d.h. Vertrautheit mit wissenschaftlichen Methoden, aber nicht die Fähigkeit zu eigenständiger Forschungsarbeit. Daraus folgt, daß es in der integrierten Gesamthochschule eine gemeinsame wissenschaftliche Grundlage aller Gegenstände und Ar-

beitsweisen geben muß.

In diesem Zusammenhang erscheint es angebracht, zu überlegen, ob man Berufsqualifikation im engeren Sinne durch ein Hochschulstudium erwerben kann und soll. Der Übergang in den Beruf bedeutet selbst bei den Facheinrichtungen einen grundlegenden Neubeginn, in welchen der praktische Teil der Hochschulausbildung ohnehin breiten Raum einnimmt. Berufsqualifikation im und durch den tertiären Bildungsbereich kann deshalb nur heißen, eine sichere Orientierung auf den jeweiligen Tätigkeitsfeldern zu erlangen, ohne dabei Gefahr zu laufen, alles zu wissen und nichts zu können. Keine noch so durchdachte Konstruktion der Studiengänge wird hier freilich eine Ideallösung bringen: Unser gesamtes Bildungswesen ist kein perfekter Zuliefererbetrieb für die Berufswelt.

Von den Gegnern der Gesamthochschule wird behauptet, diese Form fördere die weitere Auswanderung der Forschung aus den Hochschulen oder aber sie bedeute eine bloße Addition von verschiedenartigen Bildungseinrichtungen. Dabei wird außer Acht gelassen, daß Forschung als integriertes Element nicht gleichzusetzen ist mit Forschung in allen Teilbereichen und durch alle Hochschulangehörigen. Sachliche, personelle und lokale Differenzierungen sind gerade in der Gesamthochschule notwendig und wünschenswert. Jedes Objekt kann und soll nicht überall unter dem gleichen Gesichtspunkt betrachtet werden; die zu Recht postulierte Einheit von Forschung und Lehre bezieht sich auf den sachlichen Zusammenhang beider Tätigkeiten, nicht jedoch auf die Menschen, welche beides unterschiedlich in Neigung und Erfolg betreiben. Daraus folgt für die Organisation und die Lehrkörperstruktur der integrierten Gesamthochschule, daß die hochschulinterne öffentliche Zugänglichkeit aller Forschungseinrichtungen grundsätzlich gewährleistet sein muß und es innerhalb des Lehrkörpers keine Gruppen geben darf, deren Forschungs- oder Lehrorientierung festgelegt ist. Die Exklusivität der Forschung bzw. der Forscher gehört ebenso der Vergangenheit an wie der Luxuscharakter der Bildung.

Die Gesamthochschule setzt die Gesamtschule voraus, u.a. auch deshalb, weil sie als Eingangsvoraussetzung einen Leistungsstandard erfordert, den unser dreigliedriges Schulsystem nicht bietet. Tätigkeitsfelder und neue Berufsbilder müssen die Leitlinien sein bei der Umwandlung der isolierten Studiengänge in ein durchlässiges und konsekuentes Stufensystem. Schließlich gilt es, mannigfache Prestigeharrieren, die durch ein weitverzweigtes System auch verwaltungsfähig integrierter Teileinrichtungen entstehen können, nicht entstehen zu lassen, damit nicht an die Stelle alter Statussymbole neue treten.

Der Wissenschaftsrat hat sich in seinen neuesten Empfehlungen ohne Vorbehalt für die integrierte Gesamthochschule ausgesprochen und damit die Warnung seines ehemaligen Vorsitzenden Prof. Leussink beherzigt. Auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz scheint sich allmählich mit dem Gedanken anzufreunden, daß es keine institutionellen, sondern nur noch funktionelle Unterschiede im Hochschulbereich gibt. Unter Fachleuten besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß diese grundlegende Frage unter den Voraussetzungen der Artikel 75 Absatz 1 Nr. 1a sowie 72 Absatz 2 des Grundgesetzes durch das Hochschulrahmengesetz regelungsfähig ist. Vorsichtiger Optimismus scheint somit angebracht.

Dr. Josef Benzinger